



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 7. bis 12. Februar)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 7. bis 12. Februar)

Reichstags Schmerzen

Reichstagsanfang — Die erste Präsidentenwahl — Herr Scheidemann — Neuwahl am Mittwoch — Keine falsche Scham! — Tauroggen der inneren Politik

Die ersten Sitzungen des Reichstages haben das gehalten, was die Wahlen und das Reichstagspräludium im Preussischen Landtage versprochen hatten. Hier die äußere Signatur: Zwischen Rechts und Links, und innerhalb der bürgerlichen Parteien eine schier unüberwindliche Verbitterung; auf der rechten Seite schärfste Ablehnung aller Verständigungsvorschläge, die aus der Mitte kommen und in der Mitte selbst scheinbar Ratlosigkeit und im Steigen begriffene Unsicherheit! Für den Fernerstehenden erwecken die Vorgänge bei der Wahl des Reichstagspräsidiums den Anschein, als werde die Mitte von den Extremen der Rechten und Linken hin und her gezerrt und als sei das erste Ergebnis der Präsidentenwahl lediglich ein Zufall, möglich geworden durch die Unentschlossenheit der nationalliberalen Führer. Die nähere Prüfung aller Vorgänge zeigt indessen ein wesentlich anderes Bild: zwischen rechts und links tobt ein heißer Kampf um die Seelen der Nationalliberalen, beide Extreme möchten sie auf ihre Seite ziehen, um sie beherrschen zu können; die Methoden der Rechten erweisen sich einstweilen als die wirksameren, weil sie besser als die Linken die Psyche der Nationalliberalen erfassen; die Nationalliberalen aber lenken das Spiel so, daß ein Großblockpräsidium nur als ultima ratio und eventuell als Provisorium zustande kommt, dann natürlich unter der Führung eines Nationalliberalen.

Das am Freitag in fünfstündiger Wahlqual zustande gelommene Präsidium war denn auch das getreue Spiegelbild der angedeuteten Zerissenheit und Parteikämpfe. Das Präsidium, in dem Herr Spahn, der vielgewandte Führer der Ultramontanen und der Sozialdemokrat Scheidemann Dirigenten des deutschen Reichstages sein sollten, bedeutete in der Tat einen blutigen Hohn auf die gesamte Vergangenheit der deutschen Volksvertretung! Es bot kein anziehendes Bild und war kaum geeignet, die Autorität früherer Präsidien zu gewährleisten. Was konnte die drei Männer (der nationalliberale Baasche ward zweiter Vizepräsident), die berufen waren, die Geschäfte des Reichs-

tages einmütig zu leiten, miteinander verbinden? Ist nicht jeder von ihnen der schärfste Gegner der beiden anderen? Sind es nicht drei feindliche Lager, die da oben vor aller Welt thronen sollten?

Trotz allen diesen Gegensätzen konnte das Präsidium aus einem Ultramontanen, einem Sozialdemokraten und einem Nationalliberalen doch noch als arbeitsfähig bezeichnet werden, wenigstens als Provisorium, bis die Wogen des Wahlkampfes abgeebbt wären. Das aber ist schließlich die Hauptsache. Um so bedauerlicher ist das Vorgehen der Sozialdemokraten. Sie haben sich bei der Auswahl der Persönlichkeit ihres Kandidaten einer großen Taktlosigkeit schuldig gemacht. Wie sich nach Vollzug der Wahl und nach Bekanntgabe der Konstituierung des Bureaus durch den eben gewählten Reichstagspräsidenten, Herrn Spahn herausstellte, hatte Scheidemann sich im Jahre 1909 eine Entgleisung zu Schulden kommen lassen, die es monarchisch denkenden Männern nicht möglich macht, ihn zu ihrem Repräsentanten zu wählen. Ein Mann, der es wagte zu sagen, „der Wortbruch gehöre zu den erhabensten Traditionen des in Preußen regierenden Hauses,“ durfte nicht dafür in Frage gezogen werden, mit einem Hohenzollern als Beauftragter der deutschen Volksvertretung in Berührung zu kommen. Diese Möglichkeit schließt eine Demütigung des Kaisers in sich, zu der sich keine nationale, den monarchischen Gedanken hochhaltende Partei hergeben darf. Herr Spahn trat nach Bekanntwerden von Scheidemanns früherem Vorgehen von seinem Posten zurück, und es ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß auch Herr Baasche sein Amt niederlegt. Wäre Scheidemanns früheres Verhalten den liberalen Abgeordneten rechtzeitig gegenwärtig gewesen, dann wäre es zweifelsohne zu dieser Kandidatur überhaupt nicht gekommen.

Doch was geschieht weiter? Der Reichstag muß ein Präsidium haben und dies muß zum wenigsten eine Garantie dafür bieten, daß es vier Wochen hindurch die Geschäfte zu leiten versteht! Damit ist den Mehrheitsparteien die gegenwärtige Aufgabe gestellt und, da die Rechte im Präsidium nicht vertreten zu sein wünscht, müssen die Liberalen das Werk übernehmen, ohne Sentimentalität, ohne falsche Scham und ohne Furcht vor den Angriffen von rechts und aus den eigenen Reihen. Der Sieg der Rechten, der in dem schnellen Zusammenbruch des ersten Präsidiums liegt, ist ein Pyrrhussieg, den die Linke sehr wohl zu ihrem Vorteil ausnutzen könnte, wenn sie einigen Blick für Zukunftsmöglichkeiten behält.

Bei der wohl erst am Mittwoch stattfindenden Neuwahl des Präsidiums werden Fragen von solcher Tragweite entschieden, wie sie im Leben der Parteien und Parlamente nur selten gestellt werden. In die Hand der beiden liberalen Parteien und der Sozialdemokraten ist die einstweilige Entscheidung darüber gelegt, ob der neue Reichstag ein Reichstag der Reform sein soll, als der er während des Wahlkampfes in Aussicht genommen wurde. Dennoch könnte die nationalliberale Fraktion unter den einmal vorhandenen Verhältnissen, mit denen jeder Politiker in Deutschland rechnen muß, nur dann geschlossen auf der Linken

bleiben, wenn Herr Scheidemann von seinem Posten als Vizepräsident wiche und wenn an seine Stelle eine Persönlichkeit aus der sozialdemokratischen Partei träte, die sich speziell dem Monarchen gegenüber noch nicht in dem Maße kompromittierte, wie Herr Scheidemann es getan. Um diesen Preis könnte die nationalliberale Fraktion der Linken um so mehr erhalten bleiben, weil die Sozialdemokraten durch ihr Nachgeben klipp und klar zum Ausdruck brächten, daß sie ernsthaft auf den Weg geordneter staatsbürgerlicher Mitarbeit einlenken und somit die Kladderadatschtheorie fallen lassen. Gehen die Sozialdemokraten auf diesen Vorschlag nicht ein, und dieser Ausgang scheint mir fast der wahrscheinlichere, so wird die Stellung der nationalliberalen Fraktion erheblich erschwert, und niemand dürfte dem einzelnen einen Vorwurf daraus machen, wenn er unter solchen Umständen auf ein Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten verzichtete. Damit würde freilich das erreicht, was die Rechte anstrebt: aus einem reformfreudigen Reichstage würde ein sogenannter „arbeitsfähiger“, der die politische Spannung der Beziehungen zwischen Regierung und Parteien und den Parteien unter sich nur noch verstärkte. Aber die Sozialdemokratie wäre so sehr auf den Standpunkt der reinen Negation zurückgesunken, daß sie sich als untauglich zu gewissenhafter Reformarbeit erwies.

* * *

Es ist selbstverständlich, daß die durch die Schaffung eines Präsidiums der Linken in ihrer Bedeutung zurückgedrängten Rechtsparteien mit Vorwürfen und Verdächtigungen nicht sparen werden, wenn die Nationalliberalen sich die Sozialdemokraten zu Weggenossen erwählen. Die Liberalen sollten die Schmähungen nicht tragisch nehmen. Höheres steht auf dem Spiel als die Gunst der Rechten und wenn diese auch grollt, so würde sie in analogen Fällen nicht zögern für die Sozialdemokraten zu optieren, sofern solches dem Interesse des Vaterlandes, wie sie es im Augenblick auffassen, entspräche. Erst die Wahlen haben gezeigt, daß die Konservativen sich von Sentimentalitäten zu befreien wissen. Ich habe mir die Mühe gemacht, die Wahlkreise festzustellen, in denen die bürgerlichen Parteien — von der Zentrumsparthei wird dabei abgesehen — den Sozialdemokraten die Mandate „geschenkt“ haben, d. h. wo es in der Hand des Bürgertums lag den Sieg der Roten zu verhindern. Es sind dies nicht weniger als dreiunddreißig! Von diesen dreiunddreißig Mandaten verdanken die Sozialdemokraten allein sieben den Konservativen!

Es muß diese Tatsache an dieser Stelle hervorgehoben werden, nicht um die Konservativen dafür zu tadeln, sondern um die beweglichen Klagen derer unter ihnen in das richtige Licht zu setzen, die das Verhalten der Liberalen wegen genau desselben „Vergehens“ als Verrat an der Sache der Monarchie und des Bürgertums brandmarken und die den Liberalen anläßlich der Präsidentenwahl wegen ihrer Abstimmung zugunsten des Sozialdemokraten einen Strich drehen wollen. Wer von national gestimmten Männern konservativer oder

liberaler Richtung bei den letzten Wahlen die Sozialdemokraten direkt oder indirekt unterstützt hat, tat es sicher nicht aus Hinnegung zu den Grundsätzen dieser Partei, sondern in dem Bewußtsein, dadurch der Nation und dem Lande zu nutzen. Es gibt Gelegenheiten und Verhältnisse, in denen es für den Staatsbürger höhere Pflicht werden kann, gegen das Mitgebrachte aufzutreten. Als der General v. Dork entgegen allen Verträgen im Herbst des verhängnisreichen Jahres 1812 bei Tauroggen in Littauen bei aller Ehrerbietung und Hingebung für seinen König zu dessen offiziellen Feinden, zu den Russen überging, wagte er für das Wohl des Vaterlandes das Leben. Ein Tauroggen der inneren Politik mußte für viele gut monarchisch gesinnte Männer der letzte Wahlkampf werden, im Hinblick auf das zweifelloste Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Nation und den Bestimmungen des geltenden Wahlrechts. Wenn wir den Wahlen etwas Gutes verdanken, so liegt das in der Klärung, die sie hier und da über die wahre Stimmung im Lande brachten. Die aber wollen wir uns doch nicht durch falsche Scham trüben lassen. Ein sichtbarer Erfolg dieser Klärung ist die plötzlich erwachte Reformfreudigkeit der Freikonservativen. Sache der Regierung wird es sein, die neue Situation klug und kräftig zu nutzen, Sache der liberalen Parteien, den Erfolg nicht illusorisch zu machen.

G. C.

Auswärtige Angelegenheiten

Seit an dieser Stelle zum letzten Male über Dinge der auswärtigen Politik gehandelt wurde, sind mancherlei Entwicklungen zu dem Stadium herangereift, in dem es notwendig ist, sich ihre Bedeutung für die allgemeine Weltlage zu vergegenwärtigen.

Am weitesten vorgeschritten ist die Lage in China. Dort hat die republikanische Idee einstweilen insofern gesiegt, als sie die bisherige staatliche Ordnung zertrümmern konnte, freilich ohne einstweilen an ihre Stelle eine neue zu setzen. Wie immer bei solchen politischen Auseinandersetzungen spielt das Mißtrauen zwischen den Führern gewisser Ideen eine sehr viel größere Rolle, als es im Interesse der weiteren Entwicklung liegt und hindert sie, die beabsichtigten Besserungen ins Leben einzuführen. Juanschikai, der in kluger und tiefer Erkenntnis der Bedürfnisse Chinas eine konstitutionelle Monarchie mit parlamentarischen Einrichtungen ins Leben rufen wollte, hat sich das Mißtrauen sowohl der Dynastie wie der Republikaner zugezogen, und es hat allen Anschein, als sollten seine Versuche endgültig scheitern. Juanschikai hatte sehr weise den Republikanern in der Form nachgegeben, indem er auf Sunjatsens, des Führers der Republikaner, praktische Vorschläge einging, aber er trug auch dem Bedürfnis der großen ungebildeten Masse Rechnung und suchte dabei die Dynastie zu veröhnen, indem er eine Standeserhöhung des Kaisers von China, nämlich zum Mikado, der im Hintergrund eine Art Kontrolle über die Regierung auszuüben hätte, vorschlug.

Juanschikai berücksichtigte bei seinem Vorgehen auch das augenblickliche Bedürfnis des Landes, indem er durch die Verbindung des monarchischen und republikanischen Ideals das Zutrauen des Auslandes zu gewinnen hoffte, was seinen greifbaren Ausdruck in der Bewilligung einer größeren Anleihe gefunden hätte. Gerade dies Streben zu naheliegenden praktischen Zielen hat aber das Mißtrauen der Republikaner erregt. Sie meinen, Juanschikai verspräche nur solange allerhand Reformen, bis die Regierungsgewalt wieder zu Geld gekommen sei, um damit monarchisch eingeschworene Truppen aufzustellen und die Revolution niederzuwerfen. Vielleicht haben Sunjatsen und seine Freunde recht. Immerhin scheint es uns, als wenn der angebliche Plan Juanschikais eine recht glückliche Lösung der Chinamirren nach sich ziehen würde. Juanschikai ist selbst viel zu sehr überzeugt, von der Notwendigkeit der Reformen, als daß er geneigt sein könnte, die alten Zustände wiederherzustellen. Daß er sich aber keinen Utopien hingibt, das geht vor allen Dingen aus dem Festhalten an der Dynastie hervor. Er scheint doch einige Bedenken gegen die rein republikanische Regierungsform mit all ihren Anhängseln von Parteiklügel, Parlamentsmisere und korrupter Presse zu haben.

Je länger die Unruhen in China fortbestehen, um so größer ist die Gefahr, daß die nächsten Nachbarn des Reiches der Mitte, der Verwirklichung alter egoistischer Pläne und Wünsche näher treten. Das Vorgehen Rußlands in Tibet und in der Mongolei, Japans unverhüllte Absichten auf einen Teil der Mandchurei, die Unbotmäßigkeit einiger zentralasiatischer Fürsten nagen schon recht bedenklich am morschen Bau des chinesischen Reiches. Das offizielle China vermag sich im gegenwärtigen Stadium gegen diese Eingriffe der Fremden nicht zu wehren und so war es ein Akt der Notwehr zum Schutze der eignen Interessen, wenn Deutschland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich zusammenschlossen, um einander die territoriale Unantastbarkeit Chinas zu garantieren. Es ist natürlich schwer vorauszusagen, ob die Garantien, die die beiden Staaten einander gaben, stark genug sind, um das beabsichtigte Ziel zu erreichen. Aber die Einmütigkeit ist wenigstens geeignet den Eifer derer zu mäßigen, die da glauben nun im Trüben fischen zu können.

Für die Entwicklung Chinas selbst in seiner späteren Zukunft, sagen wir für eine Zeit, in der die heutige chinesische Jugend zu Männern herangewachsen ist, bedeutet das Vorgehen Japans und Rußlands ein Moment, das vielleicht geeignet ist, den innern Wiederaufbau des Staates zu beschleunigen. Ein kluger Diktator, möge er nun Republikaner sein oder Monarchist, hat durch die Losreißung chinesischen Gebietes ein Mittel in die Hand bekommen, die Chinesen von Nord und Süd für eine Idee zu einen, ihnen eine gemeinsame Aufgabe zu zeigen. Wir würden sie die nationale Idee nennen. Wie viel Jahre dazu gehören mögen, um diese Entwicklung herbeizuführen, ist wohl schwer zu bestimmen. Aber sie kann auch über Nacht kommen. Jedenfalls sollte der Befreiungskampf Chinas als ein Moment für weitere Verschiebungen auf dem asiatischen Festlande im Auge behalten werden.

Wir wollen uns heute nicht weiter ausmalen, welche ein Druck durch das Erwachen Chinas auf Rußland entstehen könnte. Rußland würde jedenfalls in seinem Länderraub einhalten müssen, und die im fernen Osten angesetzten Kräfte müßten eine anderweitige Verwendung finden. Schwerer wie jetzt schon wird die russische Macht, die an ihren Westgrenzen auf die festgefügteten deutschen Staaten stößt, gegen Persien drücken, um so sicherer zu den Gestaden des indischen Ozeans zu gelangen. Eine glückliche Entwicklung Chinas würde somit die Nachbarschaft Rußlands für England noch fühlbarer machen, wie es schon jetzt der Fall ist. Solche Aussichten mögen in den englischen politischen Kreisen neben anderen Fragen bereits ventilert worden sein und den Gedanken verstärkt haben, sich für den Bedarfsfall eine Rückversicherung zu schaffen. Die Entwicklung der Einzelfragen der Weltpolitik deutet auf die Notwendigkeit für England hin, seine Beziehungen zu den Großmächten einer Revision zu unterziehen. So würden wir uns auch nicht zu wundern haben, wenn England in allen Fragen des Bagdadbahnunternehmens eine dem deutschen Standpunkte entgegenkommendere Haltung einnimmt als noch vor einem Jahre.

Auch die Ereignisse des vergangenen Jahres, die sich an die deutsch-französischen Verhandlungen knüpften, haben unzweifelhaft den Engländern die Augen darüber geöffnet, daß sie ohne eine friedliche Verständigung mit Deutschland nicht voran kommen. Englands Ambitionen in Afrika dürften ohne die

Höchste Auszeichnungen.

Gegründet 1824.

C. PRÄCHTEL

HOFMÖBELFABRIK

BERLIN SW.19, Krausen-Strasse 31-32

Wohnungs-Einrichtungen
Atelier für Innendekoration

Fernsprecher:

Amt I, 1035, 2619.

Beihilfe Deutschlands nicht mehr so leicht in die Wirklichkeit übertragen werden, wie es vor zehn und fünfzehn Jahren möglich gewesen. Rechnet man noch hinzu die Schwierigkeiten, die sich im Anschluß an den italienisch-türkischen Krieg ergeben, und die hervorragende Rolle, die hierbei Deutschland durch die Macht der Tatsachen zugefallen ist, so wird man verstehen, daß in England eine Revision der deutsch-englischen Beziehungen als wünschenswert erscheint.

Diejenigen Blätter, die infolgedessen im Besuch des Kriegsministers Galdane, eines alten Freundes deutsch-englischer Verständigung, ein Zeichen für die oben angedeutete Stimmung sehen, scheinen daher durchaus auf richtiger Fährte. Anders steht es mit den apodiktischen Behauptungen über bestimmte zur Sprache gekommene Themen. Hier beruht alles auf Kombination, wenn auch die Themen auf der Hand liegen. Ebenso beruht auf Mutmaßung die praktische Bedeutung, die dem Besuch beigemessen wird. Man darf den halbamtlichen Organen glauben, wenn sie von einem Privatbesuch sprechen. Minister Galdane scheint in der Tat keinerlei gebundene Marschrouten oder gar Verhandlungsvollmachten mitgebracht zu haben. Er hat wohl lediglich seine Fühler ausgestreckt, um die die Weltpolitik erregenden Fragen in persönlichen Auseinandersetzungen mit den leitenden Staatsmännern in Deutschland zu besprechen, ohne sich und die deutsche Regierung irgendwie festzulegen. Immerhin können wir mit dem Besuch Galdanes durchaus einverstanden sein, denn er deutet tatsächlich auf eine ernstere Würdigung der deutschen Macht, und wo ein Wille ist, diese Macht anzuerkennen, wird ein Weg zur Verständigung auch gefunden werden. G. Cl.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg, für die Redaktion J. B.: M. Rechner in Wilmersdorf. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.
Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Bügow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Jeder Offizier abonniere auf die

Neuen Militärischen Blätter

Infanteristische Halbmonatshefte

2. (54.) Jahrgang. — Abonnementspreis 1,— M. vierteljährlich,
bei direkter Streifband-Zusendung 1,50 M.

Herausgegeben von Hauptmann Dr. Fritz Koeder

Alle Buchhandlungen und Postanstalten nehmen Abonnements entgegen.

Probenummern kostenfrei durch die Expedition Berlin SW. 11,
Bernburger Straße 22a/23.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 36/37.